



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/X/179 - 6.8.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 039 890

Algerier-Quartier unter Kontrolle S. 3
Kanzlerpolitik führt zum Saardilemma der CDU S. 5

Keine Angst vor dem Nein!

Von Dr. Karl M o m m e r

"Denn, ob man es bedauert oder nicht, vorher (d.i. vor dem Friedensvertrag) ist etwas Besseres als dieses Statut nicht zu erreichen." Mit dieser einfältigen Prophezeiung beschließt eine große süddeutsche Zeitung einen Kommentar, in dem die drei neuen Saarparteien ob ihres Nein zum Saarstatut geschulmeister werden. Sie werden mit Emphase darauf hingewiesen, dass es sich bei diesem Statut um einen deutsch-französischen Staatsvertrag handle, den man nicht ignorieren könne.

Pardon! Eben dieser Vertrag gibt den Saardeutschen das Recht, mit einer Mehrheit von Nein-Stimmen das Statut abzulehnen. Indem auch die CDU-Saar sich für das Nein entscheidet, ignoriert sie das Statut nicht, macht vielmehr von einer seiner Möglichkeiten Gebrauch. Indem sie sich anders entscheidet als die CDU im Bundesgebiet, folgt sie gar einem Gebot des Statuts: von Stellen in der Bundesrepublik unabhängig zu sein.

Außerdem: Auch der Kanzler wollte dieses Statut ursprünglich nicht, wie ich als Teilnehmer an den Pariser Besprechungen vom 22. und 23. Oktober 1954 bezeugen kann. Er "schluckte" es aber angesichts des französischen Jurktims und der Erklärung seines französischen Kollegen Mendès-France: entweder das ganze Paket der Pariser Verträge mit Saarstatut - oder gar nichts. Die Saarbevölkerung hat beträchtliche Freiheit, Nein zu sagen. Bei der Beurteilung des Danach haben sich die Saarparteien vielleicht an die EVG erinnert, nach deren Ablehnung es angeblich auch keine Verhandlungen und keine Alternativen gab....

Ablehnung wäre Verhängungsurteil für Saar-Regime

Dass die Separatisten, dieser Tage noch Kirn und Braun, klappten, die Ablehnung des Statuts bedeute die Fortführung des bisherigen Zustandes, ist verständlich; dass ernsthafte Zeitungen und Politiker der Bundesrepublik ihnen folgen, ist es viel weniger. Man stelle

sich vor: eine Mehrheit der Abstimmenden lehnt das Statut ab. Das wäre das demokratische Verdammungsurteil für das separatistische Regime und damit für die französische Saarpolitik. Wer kann glauben, dass dank nach alter Manier weiter Marokko-Politik auf deutschem Boden gemacht werden könnte? Wer kann glauben, dass dann von den in den jüngsten "Freiheitsgesetzen" gegebenen Verbotsmöglichkeiten gegenüber den neuen Parteien und Zeitungen Gebrauch gemacht werden könnte? Wer kann glauben, dass Frankreich dann neue Verhandlungen auch nur 5 Monate lang ablehnen könnte? Wer will bestreiten, dass dann auch ohne Statut Neuwahlen zu dem Landtag stattfinden müssten, in dem jetzt die Masse der Weinsager überhaupt nicht vertreten ist?

In Wirklichkeit würden Neuwahlen und neue Verhandlungen die Bedingung für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung an der Saar und die Erhaltung guter Beziehungen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik sein. Dabei würde der deutsche Unterhändler in zweifacher Hinsicht eine unvergleichlich stärkere Position haben als der Kanzler im Oktober 1954. Erstens ist das Junktim mit der französischen Zustimmung zur Souveränität der Bundesrepublik und zur westdeutschen Wiederbewaffnung gefallen. Das allein bedeutet einen völligen Wechsel der Szene. Zweitens kommt hinzu, dass jedermann die Mehrheit der Weinstimmen zum Statut als den frei ausgedrückten Willen der Saarbevölkerung nach baldiger Wiedervereinigung mit Deutschland interpretieren müsste. Das bedeutete auch einen Szenewechsel; hat Frankreich es doch bisher verstanden, mit Hilfe der von ihm zu verantwortenden Methoden der Separatisten den Eindruck zu erwecken, als seien höchstens kleine Gruppen gegen die französische Separationspolitik.

Ausgang "offener geworden", sagt selbst Braun

Nichts also könnte der Sache der demokratischen Freiheit an der Saar und der deutschen Sache der Wiedervereinigung einen solchen Auftrieb geben, wie eine Ablehnung des Statuts in dem Referendum. Danach, wenn erst dieser Sieg errungen wäre, wäre es Sache der deutschen Diplomatie, den weisesten, mässigsten Gebrauch von ihm zu machen.

"Wenn es eine Mehrheit von Weinstimmen gäbe", ging diesen Betrachtungen voraus. Dass sie zunehmend an der Saar und bei uns angestellt werden, ist bezeichnend für die Entwicklung im Saargebiet. Das Fallen der Fesseln hat alles in Bewegung gebracht und ein Erdbeben ist möglich. Selbst Braun, der nicht mehr Separatist heißen will, hat sich zum Korrespondenten der erwähnten großen Zeitung in Süddeutschland geäußert, der Abstimmungsausgang sei offener geworden. Ist es da Sache der Deutschen östlich der Saar-grenze, unsere Freunde an der Saar zu schulmeistern und zu bremsen? Sollten wir nicht vielmehr der Meinung Ausdruck geben, dass uns allen etwas von ihrem jetzt zutage tretenden großartigen, disziplinierten Schwung und ihrer Kühnheit nützt, um die deutsche Wiedervereinigung in Ost und West zustande zu bringen?

Die "Medina von Paris"

b.v., Paris

Der Funke des nordafrikanischen Aufstandes ist bis nach Paris gesprungen. In einem Teil des 18ten Arrondissements entzündete er zwar keine Gebäude, wohl aber die Gemüter einiger tausend Nordafrikaner, besonders Algerier, die dort, an der Goutte-d'Or, ein Klein-Afrika geschaffen haben. Nachdem es in dieser wenig anmutigen Gegend vor kurzem zu einer regelrechten Rebellion gekommen war, zu Angriffen auf Passanten und zu den verschiedensten Gewalttaten, hat jetzt die Polizei dort einen großen Ordnungsdienst eingerichtet, um wenigstens einigermaßen aufzuräumen.

Jedermann, der dieses Quartier, das die Zeitungen bereits ironisch die "Medina von Paris" nennen - Medina werden in Nordafrika die Eingeborenen-Handelsviertel genannt - muss sich ausweisen. Rund zweihundert Polizisten halten Tag und Nacht Wache. Wer nicht erklären kann, warum er in eine der abgesperrten Straßen zu gehen wünscht, wird abgewiesen. Etwa 5000 Algerier wohnen in diesem einen "Quartier" des 18. Arrondissements, und sie sehen im Ruf, politischen Agitatoren besonders zugetan zu sein. Viele, wahrscheinlich die meisten, sind brave, arme Arbeiter. Aber auch sie stehen unter Druck. Es kann ihnen übel ergehen, wenn sie in den Ruf kommen, Franzosen-freundlich zu sein - obwohl sie selbst "Franzosen" sind.

Ob es weise und richtig war oder voreilig und unüberlegt: Algerien ist nun einmal seit geraumer Zeit keine Kolonie mehr, kein Protektorat - wie Tunesien es war und Marokko es noch ist - sondern bildet einen Bestandteil des eigentlichen Frankreich. Dadurch sind seine Einwohner der Form nach französische Bürger, und niemand kann ihnen verwehren, im europäischen Frankreich Arbeit zu suchen. Ebensowenig kann ein Algerier "ausgewiesen" werden, weil er sich als Schieber oder Schwarzhändler betätigt; lediglich unliebsam auffallende Politiker können in ihrer Bewegungsfreiheit behindert werden, was sie allerdings nicht daran hindert, von ihren Verbannungsorten aus eine höchst lebendige Propaganda zu betreiben und auch "Fonds" zu sammeln.

Die Polizei weiß sehr genau, dass in dem jetzt unter Kontrolle

gestellten Quartier - so heißen die kleineren Verwaltungseinheiten der Pariser Arrondissements - Schwarzhandel jeder Art betrieben wird. Sie weiß, dass es peinlich sein kann, am Abend in einem der vielen Cafés zu sitzen, die dort von Arabern bewirtschaftet werden, dass in diesen äußerlich oft recht solide wirkenden Wirtschaften sich Stehler und Hehler treffen, und es kaum irgendeine Art schiefen Geschäftes gibt, die dort nicht betrieben würde. Was sie jedoch anscheinend unterschätzt hatte, war der politische Fanatismus, der wilde Hass, der mit allen Mitteln hochgezüchtet wurde und wird.

Hass, Fanatismus - und Schwarzhandel

Dieser Hass, der sich vor 10 Tagen in tollster Weise manifestierte, dieser blinde Fanatismus, der zu den unsinnigsten Taten verleitet, kann durch keine polizeiliche Kontrolle aus der Welt geschafft werden. Beide, Hass und Fanatismus, sind durchaus nicht uneingeschränkt auf die soziale Lage allein zurückzuführen. Denn unter den Rebellen, die mit Steinen und Wurfgeschossen jeder Art erst gegen friedliche Bürger und Fremde, dann gegen die Polizei vorgingen, waren etliche, die recht wohlhabend sind - gleichviel, ob sie es auf legale oder illegale Weise geworden sind. Auch richtet sich der Hass zum Teil gegen falsche Objekte. Denn die missliche soziale Lage vieler ist in zahlreichen Fällen auf Machenschaften der eigenen Landsleute zurückzuführen, die sich als erheblich bewandter in Massagen unerfahrener Neuankömmlinge erwiesen haben als je irgendein Franzose.

Soweit war das Unwesen gediehen, dass in einer der Straßen dieses Viertels Polizeibeamte nur in Trupps zu erscheinen wagten, und Ausländer davor gewarnt wurden, sich hier zu Fuß oder im Wagen sehen zu lassen. Arbeitslose, Schwarzhändler, bezahlte Aufwücker, kleine Bandenchefs bildeten ein Klein-Chikago und redeten den Gutgläubigen ein, dies sei der Weg, die Befreiung der Heimat zu erreichen. Man kann jetzt einige Gangster vor Gericht stellen. Man kann den Schwarzhändlern das Leben schwer machen. Man kann sogar vielleicht politische Rädelsführer festnehmen. Aber man kann für die Vielen, die glaubten, das Soklaraffenland erreicht zu haben, keine Arbeitsplätze hervorzaubern. Und könnte man es, so würde begreiflicher Weise der Zustrom noch stärker werden. Was man erreichen möchte aber ist genau das Gegenteil, nämlich die Abwanderung. Doch zu diesem Ziel führen nur steinige, von Dornbüschen eingerahmte Wege.

* * *

Tiefer CDU-Zwiespalt

sp - Eine Stellungnahme des offiziellen Pressedienstes der CDU/CSU in Bonn für das Saarstatut ist von allen deutschen Oppositionsparteien im Saargebiet scharf abgelehnt worden, auch von der Saar-CDU. Der Dienst hat daraufhin einen Tag später eine Erläuterung gegeben: er habe mit seinem Eintreten für das Statut nur den Weg zur Beseitigung des Hoffmannregimes freimachen wollen. Dann ist es nur äußerst seltsam, dass Herr Hoffmann selbst für das Statut eintritt, sozusagen munter an dem Ast sägt, auf dem er selbst sitzt. Für so töricht sollte man ihn nicht halten.

Übrigens hatte der DUD den eigentlichen Grund für seine Zustimmung zum Statut am Donnerstag recht freimütig angegeben: eine Ablehnung würde verhindern, dass Frankreich zu neuen Verhandlungen über eine Verbesserung der Verhältnisse an der Saar bereit sei. Dass diese Einschätzung der Folgen einer Ablehnung auf die französische Haltung völlig in die Irre geht, ist eine Sache für sich. Damit hat sich der Abgeordnete Mommer näher auseinandergesetzt.

Es muß auch sehr peinlich für die CDU sein, in einer öffentlichen Beschwerde der DPS (Demokratischen Partei an der Saar) gesagt zu bekommen, dass jahrelange Verbindungen zwischen Hoffmann und seiner christlichen Volkspartei einerseits und Stellen in der Bundesrepublik andererseits bestünden, deren Zentrum der "Rheinische Merkur" sei. Die Annahme sei begründet, heißt es weiter in dieser Beschwerde, dass sich Hoffmanns Einfluss auch auf Veröffentlichungen des Pressedienstes der CDU/CSU im Bunde erstreckte. Das ist ein schwerer Vorwurf, der der Aufklärung bedarf.

Am Punkt der jetzt entbrannten internen CDU-Auseinandersetzung wird endlich auch für politisch Schwerhörige und Kurzsichtige deutlich gemacht, wohin die Saarpolitik des Bundeskanzlers führt. Denn nichts ist bezeichnender für diese Politik, als dass sich auch die Saarpolitiker christlich-demokratischer Grundüberzeugung gegen sie wenden müssen, "weil bisher in allen Versammlungen des Landes die Stimmung für ein Nein (zum Statut) gewesen sei", wie massgebende Kreise der Saar-CDU am Freitag feststellten.

Dass die Saar nicht die einzige große Schwierigkeit in der CDU/CSU ist, zeigen die klaffenden Meinungsunterschiede innerhalb der Partei z.B. auch in der Bewertung der Situation nach der Genfer Konferenz. Denn wenn kürzlich der Berliner Abgeordnete Dr. Friedensburg sehr kritisch von der Konzeptionslosigkeit der Wiedervereinigungspolitik der Bundesregierung sprach, der Abgeordnete Diel aus Rheinland-Pfalz sich für baldige direkte Verhandlungen mit Pankow einsetzte und der CSU-Minister Strauß schließlich behauptete, der Kalte Krieg gehe unvermindert weiter und gar nichts habe sich geändert - dann sprachen diese Politiker ja nicht für sich allein, sondern zumindest für eine Gruppe von engen Freunden.

So ist auch der Mißgriff des Pressedienstes der CDU in der Frage des Saarstatutes kein zufälliger redaktioneller Betriebsunfall, wie er immer einmal vorkommt, sondern Ausdruck und Folge einer großen und allgemeinen Unsicherheit und eines tiefgreifenden Zwiespaltes innerhalb der stärksten Regierungspartei.

Verantwortlich: Peter Raunau